

**TOURISMUS** Experten bemängeln Korruption, Rechtsunsicherheit und das Fehlen einer staatlichen Strategie

# Gästerückgang in Kroatien hält heuer unvermindert an

**Fehlende Weitsicht der kroatischen Regierung bemängeln Experten bei einem Tourismus-Symposium in Dubrovnik. Investoren stehen weiterhin vor großen Problemen.**

**Dubrovnik.** Harsche Kritik an der kroatischen Politik hagelte es seitens österreichischer und kroatischer Tourismustreibender am Mittwoch bei einem Tourismussymposium in Dubrovnik. Noch immer gebe es in Kroatien keine einheitliche Strategie für diesen für das Land so wichtigen Wirtschaftszweig. Die jetzige Regierung hat einen Masterplan aber mittlerweile in Aussicht gestellt.

Tourismus-Experte Miroslav Dragicevic von Horwath Consulting nannte einige der Probleme beim Namen: Die Saison sei auf nur wenige Monate beschränkt, Kroatien sei für Weltmarken nicht attraktiv genug und noch immer sei die Grundeigentums-Frage nicht geklärt. Auch stoßen Investoren auf rechtliche Probleme und Korruption.

Drei bis vier Jahre brauche Kroatien, um die bestehenden

Probleme zu lösen, sagte Dragicevic. „Das Beste, was uns passieren konnte, war die Hypo Alpe Adria“, fügte der Experte mit einem Augenzwinkern hinzu. Denn dadurch hätte Kroatien sieben bis acht Hotels der gehobenen Klasse erhalten. Ob die Investoren nach wenigen Jahren baden gingen, sei egal, denn die Häuser würden ohnehin von anderen übernommen.

## „Dann sind wir tot“

Otmar Michaeler, Direktor der österreichischen Falkenstein Michaeler Tourism Group, fand das weniger lustig: „Genau dieses kurzfristige Denken schreckt die Investoren ab“, entgegnet er. Kroatien brauche die „Marke Kroatien“, von der jede Destination profitieren könne. Die Problemlösung dürfe nicht drei bis vier Jahre dauern, sagte Michaeler: „Dann sind wir alle tot, die hier investiert haben.“ Große Hoffnung setzte Michaeler auf den EU-Beitritt Kroatiens und die daraus resultierende starke Tourismusförderung.

Gar nicht rosig sieht es auch für die heurige Saison aus: „Wie auch letztes Jahr werden wir um jeden einzelnen Gast kämpfen müssen“, sagt Ivo



Bei einem Symposium in **Dubrovnik** forderten Hoteliers eine einheitliche Tourismus-Strategie für Kroatien

Mujo, kroatischer Staatssekretär für Tourismus, im Gespräch mit dem Wirtschaftsblatt. Vergangenes Jahr verzeichnete man einen Gästerückgang von drei Prozent, die Erlöse gingen um 14 Prozent (eine Milliarde Euro) zurück. Heuer soll der Rückgang 15 Prozent betragen.

Organisiert wurde das Symposium in Dubrovnik von der Kroatisch-Österreichischen Handelskammer, der Gruppe „Austrian Hotel Investors in Croatia“, dem kroatischen Arbeitgeberverband und der EPIC-Tochter Valamar.

MARIJANA MILJKOVIC  
ausen@wirtschaftsblatt.at

## In der Krise mussten Hotels die Zimmerpreise reduzieren

Krisenbedingt mussten Hotels rund um den Globus im Vorjahr die Hosen runter lassen. Laut einer Studie des Online-Reisebüros Expedia am stärksten in Osteuropa.

Besonders günstig ist Moskau. Wer 2009 die russische Hauptstadt besuchte, konnte bei der Übernachtung 41 Prozent gegenüber dem Vorjahr einsparen. Auf Platz zwei landete Peking mit einem Einbruch bei den Hotelpreisen von 32 Prozent. Auf Platz drei und vier im Ranking der Weltstädte liegen Mumbai und Neu Delhi. In den beiden indischen Städten sind die Preise 2009 um 32 bzw. 31 Prozent rückläufig. Auf Talfahrt sind

auch die Preise in den Luxushotels von Dubai.

In Bukarest und Wien kosteten die Hotelzimmer 22 Prozent weniger als '08.

Als besonders günstige Stadt erwies sich außerdem Dublin. 76 € kostet im Durchschnitt ein Zimmer im Zentrum. Damit zählt die irische Hauptstadt zu den preiswertesten Städten Europas. Für Europäer lohnt es sich, auch in New York einen Urlaub zu verbringen. Dort sind die Hotelpreise im vergangenen Jahr um 20 Prozent zurückgegangen.

Für heuer rechnen die Experten mit leicht steigenden Preisen – aber noch unter dem Niveau von 2008. (mt)

## RUMÄNIEN Banken fürchten, dass ein Mehrfaches ihres Gewinns verloren geht Senat will Privatinsolvenz zulassen



Oft reicht das **Vermögen** nicht zur Schuldentilgung

**Bukarest.** Mit überwältigender Mehrheit hat der Senat, die zweite Kammer des rumänischen Parlaments, einen Gesetzesvorschlag angenommen, mit dem in Rumänien die Möglichkeit einer Privatinsolvenz geschaffen werden soll. Um in Kraft zu treten, müsste der Vorschlag auch noch das Abgeordnetenhaus passieren. Angesichts der Tatsache, dass der Vorstoß im Senat von allen Parteien unterstützt wurde, ist das aber nicht unwahrscheinlich.

Bis jetzt ist ein Insolvenzverfahren für private Schuldner nicht vorgesehen. Kreditgeber können, wenn der Kre-

ditnehmer nicht bezahlt, auf dessen gesamtes Vermögen und auf alle seine Einkünfte zugreifen, bis die Schuld zur Gänze abgezahlt ist.

### Schulden erlassen

Der Gesetzesvorschlag sieht vor, dass dem Kreditnehmer Schulden ganz oder teilweise erlassen werden müssen, wenn Vermögen und Einkünfte nicht ausreichen, um den Kredit zu begleichen.

So soll das Insolvenzverfahren beendet werden, wenn der Schuldner 75 Prozent der Gesamtschuld beglichen hat.

Bei den Banken löst der Vorstoß nicht gerade Begeis-

terung aus – zumal durch die Krise die Zahl der faul gewordenen Kredite auf rund zehn Prozent explodiert ist.

Radu Gheta, Chef der staatlichen CEC Bank und des Bankenverbandes, rechnet vor, dass somit von 24 Milliarden € an aushaftenden Krediten 2,4 Milliarden unter das neue Gesetz fielen. Bei Anwendung der 75-Prozent-Regel müssten die Banken bis zu einem Viertel davon, also 600 Millionen €, abschreiben. „Vergleichen Sie das mit unseren Gewinnen“, sagt Gheta: „Die machten 2009 im ganzen Bankensektor nur 182 Millionen € aus.“ (asa)

## FUSIONEN M&A-Markt in Zentraleuropa stabilisiert sich im ersten Quartal '10 Österreich ist Drehscheibe für CEE

**Wien.** „Was im vergangenen Jahr schon spruchreif war, wird jetzt realisiert“, skizziert Roman Göd die aktuelle Entwicklung auf dem zentraleuropäischen M&A-Markt (plus Deutschland und die Schweiz, Anm.). So seien Deals 2009 in Folge der Wirtschaftskrise in der Endphase gehalten worden, um die Zahlen des ersten Quartals 2010 mit den Prognosen abgleichen zu können, erklärt der Geschäftsführer des M&A-Beraters MP Corporate Finance im Gespräch mit dem Wirtschaftsblatt.

„Wir merken vermehrt: Der Mittelstand und auch die Größeren stoßen wieder in den

Markt. Die Firmen wollen das, was im vergangenen Jahr aufgebaut worden ist, jetzt fertig machen. Da gibt es momentan einen Stau“, so Göd.

Wachstumsbranchen sind nach MP Corporate Finance-Analyse der Dienstleistungssektor, Energie, Rohstoffe und der ICT-Bereich. Auch auf dem Konsumgütermarkt wird sich einiges bewegen – „das ist ein Trend, den wir bereits sehen“.

Die jüngsten Erhebungen aus Zentraleuropa zeigen: Die Talsohle ist erreicht. Um 4,6 Prozent haben die Transaktionen in zugenommen – darunter im Rahmen der Wirt-

schaftskrise auch viele Distressed-Aktivitäten aufgrund von Restrukturierungen.

### Bonanza des Ostens

Überdurchschnittliche zehn Prozent aller zentraleuropäischen M&A-Aktivitäten finden mit österreichischer Beteiligung statt. Auch wenn sich die österreichischen Unternehmen im vergangenen Jahr wieder vermehrt Westeuropa und besonders dem inneren Markt zugewandt haben, spielen die CEE-Märkte dieser Zahl zu. „Da ist viel Osteuropageschäft dabei“, sagt Göd, „wir gelten hier immer noch als Drehscheibe.“ Die Freu-

digkeit der Investoren, ins Ausland zu gehen, habe allerdings generell abgenommen, „die Risikoaversion ist größer geworden, das ist dezidiert ein Trend, der auch bleiben wird“, so der Berater. Dabei wartet gerade Osteuropa weiterhin mit Investitionschancen auf – gerade im Konsumbereich.

Was bleibt, ist eine gewisse Rechtsunsicherheit in CEE. „Osteuropa ist schon ein bisschen Bonanza. Dafür haben Sie dort wirkliche Chancen“, erklärt Göd. Und: „Wenn Sie einer betrügen will, dann schafft er das auch. In den USA oder in Europa – wurscht wo.“ (ekon)

Präsentieren Sie Ihr Unternehmen und Angebot im Sonderthema

## Industrie Spezial Automation / Stahl / Holz



Erscheinungstermin: 15. April 2010  
Anzeigenschluss: 8. April 2010

Nähere Informationen unter:  
elisabeth.walz@wirtschaftsblatt.at  
Tel: 01/60117 DW 195, Fax: 01/60117 DW 428